

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



„Scheitert der Euro, scheitert Europa“

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2012 und zur Erweiterung des Euro-Rettungsschirms

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause war geprägt durch die Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 sowie die Debatte um die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms. Die so genannte Haushaltswoche des Deutschen Bundestages hat am 6. September mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2012 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen.

Mit der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramtes wurde dann an diesem Mittwoch der traditionelle Höhepunkt der Haushaltswoche, die Generalausprache zur Regierungspolitik, eingeläutet. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen europäischen Währung ab. Der Euro ist „viel, viel mehr als eine gemeinsame Währung“. Der Euro sichere Frieden in Europa. Nach ihren Worten steht Europa vor „historischen Herausforderungen“. Deutschland könne auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es Europa nicht gut gehe. Deshalb ist für Merkel klar: „Scheitert der Euro, scheitert Europa. Er darf nicht scheitern, und er wird nicht scheitern.“

Mit Blick auf den Bundeshaushalt und die Finanzplanung für die kommenden Jahre stellte Merkel heraus, dass es von zentraler Bedeutung sei, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. „Es ist gut und richtig, dass wir die Schuldengrenze einhalten.“ Die Neuverschuldung soll 2012 im Bund unter 30 Milliarden Euro gehalten werden. Bis die Maastricht-Stabilitätskriterien eingehalten werden könnten, liege noch ein langer Weg vor der Regierung. Die Gesamtverschuldung beträgt derzeit 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zulässig sind nach Maastricht jedoch nur 60 Prozent.

Die hohe Verschuldung Deutschlands und anderer europäischer Länder sei nicht allein Ergebnis der Bankenrettung und der Konjunkturpakete, die seit 2008 verabschiedet wurden. „Diese Verschuldung ist das Ergebnis einer falschen Philosophie, von jahrzehntelangem Schuldenaufbau.“ In Deutschland ha-

be die Schuldenpolitik mit der ersten großen Koalition (1966-69) begonnen. Schlechte Zeiten seien mit mehr Schulden bekämpft worden, und in guten Zeiten sei dann der Schuldenberg nicht abgetragen worden. Jetzt gehe es um einen grundsätzlichen Wandel zum Wohle künftiger Generationen, sagte die Bundeskanzlerin.

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, mit dem Bundeshaushalt würden die Grundlagen gelegt, damit es dem Land auch in den nächsten Jahren weiter gut gehe. Die Bedeutung des Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Wir haben ein Schuldendilemma in Europa, keine Euro-Krise“, sagte Kauder. Dafür trage die ehemalige Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Verantwortung: „Rot-Grün hat ganz massiv dazu beigetragen, dass wir jetzt in dieser Krise sind“, hob Kauder hervor. So habe Rot-Grün die Stabilitätskriterien für den Euro aufgeweicht. Nun wolle die SPD mit Euro-Bonds die Schulden vergemeinschaften. „Geld ohne Gegenleistung hat noch nie zur Besserung geführt“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Was ist das Ziel der christlich-liberalen Koalition mit dem Haushalt 2012? Durch den Abbau der Neuverschuldung wird die Haushaltskonsolidierung weiter vorangetrieben. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Milliarden Euro um rund 13 Milliarden Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Milliarden Euro unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant. Ziel der Bundesregierung ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Grundlage zur Erreichung dieses Ziels, ist mit dem Bundeshaushalt 2012 gelegt worden.

Erweiterung des Euro-Rettungsschirms

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die parlamentarische Beratung der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms aufgenommen. Bundesfinanzminister Schäuble warb bei den Abgeordneten um Zustimmung für das Gesetz, das Ende September verabschiedet werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets hatten am 21. Juli 2011 Maßnahmen zur „Flexibilisierung“ der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vereinbart. Ziel der Flexibilisierung ist es, Ansteckungsgefahren noch frühzeitiger und entschlossener entgegenzutreten zu können. Für die Euro-Zone insgesamt können sich aus Entwicklungen wie in Griechenland Gefahren ergeben. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll.

Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Milliarden Euro auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Milliarden Euro erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Milliarden Euro. Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Krediten treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt.

Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm. „Die Ursachen der Probleme müssen die Länder selbst lösen“, betonte Schäuble. Die Haushalte der Länder müssten angepasst und Defizite zurückgeführt werden. „Die Lösung der Strukturprobleme können wir den Ländern, die Hilfen erhalten, nicht ersparen“, sagte der Finanzminister. Schäuble knüpfte die Auszahlung weiterer Teilbeträge daran, dass Vereinbarungen eingehalten würden. „Die Lage ist ernst in Griechenland“, denn im Augenblick sei die Troika-Mission unterbrochen. Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) ist zunächst ergebnislos aus Griechenland abgereist.

Mit dem jetzt eingebrachten Änderungsgesetz zum StabMechG werden die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Ertüchtigung und

weiteren Flexibilisierung des Rettungsschirms EFSF vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 in nationales Recht umgesetzt und die EFSF in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe besser erfüllen zu können, ohne dass von ihren Grundprinzipien - klare Voraussetzungen für den Einsatz, klare Auflagen und Bedingungen beim Einsatz - abgewichen wird.

Karlsruhe zum „Euro-Rettungsschirm“

Zeitgleich zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag erging in dieser Woche ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Parlamentsrechten beim Euro-Rettungsschirm. Die Karlsruher Richter lehnten die Beschwerden der Euro-Skeptiker ab und stellten fest: „Der Deutsche Bundestag hat durch die Verabschiedung dieser Gesetze weder sein Budgetrecht noch die Haushaltsautonomie zukünftiger Bundestage in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise beeinträchtigt.“ Bundeskanzlerin Merkel, die in ihrer Haushaltsrede an diesem Mittwoch Bezug auf das Urteil nahm, sah ihre Politik durch das Urteil "absolut bestätigt". Die Richter hätten das Prinzip Eigenverantwortung und Solidarität bei Wahrung von Transparenz und Mitbestimmung des Parlaments betont, sagte sie: "Das ist genau der Weg, den wir gegangen sind." Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle, erklärte zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: „Mit seinem heutigen Urteil bestätigt das Bundesverfassungsgericht den bisherigen Kurs der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen zur Stabilisierung des Euro. Es hat streng konditionierte Finanzhilfen für notleidende Euro-Staaten explizit als verfassungsgemäß erachtet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die klare Aussage des Gerichts, dass die Einrichtung einer Europäischen Haftungsgemeinschaft (Euro-Bonds) zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Urteil kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist ein positives Signal für die bisherige Stabilisierungspolitik Deutschlands und seiner europäischen Partner.“

Zitat

«Wenn Sie Kanzlerkandidat werden wollen, müssen Sie sich noch ein bisschen bessere Manieren zulegen. Sonst wird das nichts.»

(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Dienstag im Bundestag zu seinem Vorgänger Peer Steinbrück (SPD), der während Schäubles Ausführungen zum Schuldenabbau beim Auftakt der Haushaltsdebatte dazwischenrief.)

In eigener Sache

07.09.2011 Abend der deutschen Feuerwehren

Am Mittwoch nahm Josef Rief am 6. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren teil. Auf der Veranstaltung, die zur Verzahnung von Politik und Feuerwehren in Bund, Ländern und Gemeinden dient, sprachen Politiker und der Deutsche Feuerwehrverband über aktuelle Fragen der Feuerwehrarbeit. Dabei ging es neben der Sicherung eines verlässlichen Systems schneller und kompetenter Hilfe auch um zukunftssichere Rahmenbedingungen für Feuerwehren in Deutschland.



05.09.2011 Kirchenchor aus Kirchberg/Iller

Der Kirchberger Kirchenchor, in dem Josef Rief schon seit 38 Jahren mitsingt, kam zu Besuch nach Berlin. Neben einer Stadtbesichtigung ging es auch nach Potsdam zum Schloss Sanssouci. Am Sonntag trat der Chor während der Heiligen Messe in der St. Paulus-Kirche in Berlin-Tiergarten auf. Am Montag stand der Besuch bei Josef Rief im Bundestag auf dem Programm. Nach einer lebhaften Diskussion führte der Abgeordnete die Gruppe durch die Gebäude des Bundestages und auf die Reichstagskuppel. Zum Abschluss sang der Chor auf den Stufen des Hauptportals des Reichstagsgebäudes.



26.08.2011 Besuch des Energiekoordinationskreises in Lubmin

Mit einer Abordnung des Energiekoordinationskreises besuchte Josef Rief den Standort des ehemaligen Kernkraftwerks Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg - Vorpommern. Das Gelände, welches bereits komplett zurückgebaut ist und von den Energiewerken Nord verwaltet wird, beherbergt heute das Zwischenlager Nord, den Anlandepunkt der Nord-Stream-Pipeline aus der Ostsee und verschiedene Industriebetriebe. Unter anderem hat auch die Firma Liebherr einen Standort in der über einen Kilometer langen ehemaligen Maschinenhalle des Kraftwerks. Desweiteren wurde der Fusionsreaktor Wendelstein 7-x in Greifswald besucht. Zu Gesprächen mit den Mitgliedern des Energiekoordinationskreises waren auch Landeswirtschaftsminister Jürgen Seidel und Landesjustizministerin Uta-Maria Kuder gekommen. Foto 1: (v.l.n.r.): Thomas Bareiß, MdB, Josef Rief, Landesjustizministerin Uta-Maria Kuder und der Wahlkreisabgeordnete Matthias Lietz vor dem Fusionsreaktor.



Nächster Sprechtag von Josef Rief:
am 12. September 2011 von 18.30 - 20.30 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27